

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 15.10.2008**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 18:45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Andreas Nowotny	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Michael Zeidler	SPD	Vertreter für Frau Hanna Haupt
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Katharina Hintz	SKE	
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Bernd Werner	Verw	
Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Frau Christel Günther	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Herr Steffen Heinritz	Verw	

Gäste

Eigenbetrieb für Arbeitsförderung	Herr Goswin van Rissenbeck
Ausländerbeirat	Herr Dr. Karamba Diaby
DROBS Halle	Frau Christiane Dayß
Evangelische Stadtmission Halle	Herr Jürgen Birkner
AWO Erziehungshilfe gGmbH Suchtberatungsstelle	Herr Steffen Kröner Herr C. Brandt
DER PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt	Frau Reinhardt
ARGE SGB II Halle GmbH	GF Frau Dr. Christine Radig
SPD-Ratsfraktion – Geschäftsstelle	Herr Burkhardt Feißel
Labyrinth e. V.	Frau Angela Schatz Herr Lorenz Trall

Entschuldigt fehlen:

Herr Wolfgang Kupke	CDU	
Frau Hanna Haupt	SPD	vertreten durch Herrn Michael Zeidler
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	

Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Frau Anja Hunger	SKE
Herr Sven Weise	Freie Träger
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Herr Dr. Bernd Wiegand	BG
Herr Norwin Dorn	Seniorenvertretung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.9.2008
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
 - 7.1. Berichterstattung des Ausländerbeirates durch den Vorsitzenden Herrn Dr. Diaby
 - 7.2. Bericht zum Stand SGB II
 - 7.3. Bericht der Drogenbeauftragten Frau Günther und der Drogenberatungsstellen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.9.2008

Die Niederschrift vom 11.9.2008 wird bestätigt.

zu 4 Beschlussvorlagen

Keine

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Keine

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Keine

zu 7 Mitteilungen

Die Ausschussvorsitzende teilt den Ausschussmitgliedern mit, dass die Sitzung am 13. November 2008 in den Saalewerkstätten der Lebenshilfe Halle im Böllberger Weg stattfinden wird. In dieser Sitzung wird der Haushalt beraten werden und zum Sachstand des Hörgeschädigtenzentrums Gellertstraße informiert werden.

zu 7.1 Berichterstattung des Ausländerbeirates durch den Vorsitzenden Herrn Dr. Diaby

Da sich die Vertreter der ARGE verspäten, wird der Tagesordnungspunkt 7.2 vorgezogen und mit dem Bericht zum SGB II getauscht.

Herr Dr. Diaby dankt für die Möglichkeit, vor dem Ausschuss die Arbeit des Ausländerbeirates vorstellen zu dürfen. Er hebt insbesondere die gute Zusammenarbeit in den Fachgruppen des städtischen Netzwerkes für Migration und Integration, mit der Integrationsbeauftragten der Stadt Halle sowie mit dem Präventionsrat der Stadt und dem Bundesausländerbeirat hervor.

Die Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen und dankt vor allem für die Ausgestaltung der Interkulturellen Woche 2008. Sie bittet die Ausschussmitglieder Fragen zu stellen.

Auf Nachfrage von Herr Dr. Yousif nach dem Beitrag des Ausländerbeirates zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit bei Migrantinnen und Migranten antwortet Herr Dr. Diaby, dass dieses Thema schwierig sei, aber durch die Mitarbeit des Ausländerbeirates in der Arbeitsgruppe „Beratungsstellen/ARGE“ versucht wird, MigrantInnen über existierenden Projekte und weitere Möglichkeiten zu informieren.

Frau Runde fragt nach dem Interessenvertreter in der Fachgruppe „ARGE“. Herr Dr. Diaby nennt Frau Irina Schewalje als Vertreterin des Ausländerbeirates in dieser Arbeitsgruppe.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Rechenschaftslegung des Beirates, nach dem Kommunalwahlrecht für Ausländer, Minimierung der Arbeitslosigkeit im Ausländerbereich und Lehrstellen für Migrantenkinder. Herr Dr. Diaby erläutert, dass der Ausländerbeirat beim Sozialamt über die Arbeit Rechenschaft ablegt. Alle Mitglieder des Beirates arbeiten ehrenamtlich. Fünf von neun Beiratsmitgliedern sind arbeitslos. Zum Wahlrecht für Ausländer wird im Bundesausländerbeirat gerade Material für die Werbung eines kommunalen Wahlrechts entwickelt. Herr Dr. Diaby informiert, dass auch in Halle versucht wird, bestimmte Projekte zu entwickeln, um Ausländer in Arbeit zu bringen und Lehrstellen an Migrantenkinder zu vermitteln. Er betont dabei die gute Zusammenarbeit mit der ARGE.

Frau Tomczyk-Radji fragt nach der Anerkennung von Berufsabschlüssen und nach minderjährigen Schülern. Herr Dr. Diaby antwortet, dass auch für Ausländerkinder unabhängig vom rechtlichen Status Schulpflicht besteht. Die Anerkennung von Berufsabschlüssen gestaltet sich aber nach wie vor als Problem, wird aber auch auf Landesebene häufig thematisiert.

Frau Runde fragt in diesem Zusammenhang, wie die Eltern auf die Schulpflicht hingewiesen werden. Herr Dr. Diaby sagt, dass alle Unterlagen in der Amtssprache deutsch verfasst werden. Wenn Eltern dies nicht verstehen, besteht durch die Verwaltung der Kindertagesstätten die Möglichkeit, Briefe in die gewünschte Sprache zu übersetzen. Auf die Frage von Frau Runde nach Überweisungen auf Sonderschulen, weil die Kinder nicht deutsch könnten, antwortet Herr Diaby, dass dies in der Fachgruppe „Kita-Schule“ bereits ein Thema gewesen sei. „Kinder sind nicht lernbehindert, nur weil sie die deutsche Sprache nicht verstehen.“ Auch Mitglieder des Ausländerbeirates werden von einigen Eltern diesbezüglich angesprochen.

Herr Dr. Marquardt zeigt sich empört darüber und bittet dieser Sache nachzugehen. Herr Dr. Diaby wird in Zukunft konkrete Fällen aufnehmen und an das Dezernat IV weiterleiten.

Frau Wolff spricht die Kürzungen der Stadt bei den freiwilligen Leistungen an. Wie weit werden andere Förderquellen genutzt bzw. außerhalb der Stadt Halle Förderungen beantragt? Herr Dr. Diaby bejaht dies und bittet darum, die Projekte, wie beispielsweise die Interkulturelle Woche, weiter zu unterstützen. Ohne Unterstützung durch die Stadt würde die Tätigkeit nicht fortzuführen sein. Der Ausländerbeirat sei z. B. kein Verein und könne somit auch keine Fördermittel beantragen.

Die Ausschussvorsitzende sagt abschließend, dass sie die Problematik der Weiterführung der Arbeit des Ausländerbeirates versteht und diese ernst genommen wird und hofft, dass diese Arbeit auch fortgesetzt werden kann.

Herr Dr. Diaby ergänzt, dass auch im Laufe dieser Wahlperiode bereits Arbeitsgespräche mit folgenden Funktionsträgern und politischen Organisationen stattgefunden haben:

- Stadtratsfraktionsvorsitzender der SPD (Herr Köhn)
- Stadtratsfraktionsvorsitzender der LINKE (Herr Dr. Meerheim)
- Ortsgruppe Halle-Süd der CDU und
- SPD-Fraktion im Stadtrat

Diese Gespräche sollen vertieft bzw. weitergeführt werden mit dem Ziel, dass VertreterInnen der Migrantenorganisationen in den Gremien der politischen Arbeit (Jugendhilfeausschuss, Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss und Bildungsausschuss) mitwirken können.

zu 7.2 Bericht zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die inzwischen eingetroffene Geschäftsführerin der ARGE, Frau Dr. Radig und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. Radig entschuldigt ihr Zuspätkommen und ebenso das Fehlen von Frau Tempel, die leider einen anderen Termin wahrnehmen muss.

Frau Dr. Radig sagt, dass zum vorigen Ausschuss keine wesentlichen neuen Ausführungen gemacht werden können. Das Ziel, die Arbeitslosigkeit unter 15 % zu senken, wurde erreicht.

Die Arbeitslosenquote, bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen betrug zum 30.9.08 14,3% in der Stadt, davon sind 2,8% dem Rechtskreis SGB III zuzuordnen, 11,5% dem SGB II.

Dies gelang in der ARGE u. a. durch die zielstrebige Arbeit an der Umsetzung des Arbeitsmarktprogramms (Stand August 2008). Hier wurden insbesondere die Ziele bei der Vermittlung in Qualifizierungsangebote erreicht, ebenso haben bisher 2771 SGB-II-Bezieher an einer Maßnahme des 2. Arbeitsmarktes teilgenommen oder absolvieren diese gegenwärtig.

Hier bestehen für Träger auch 2008 noch Möglichkeiten Maßnahmen zu beantragen.

Im Bereich der Widerspruchsbearbeitung konnte zum 30.09.08 eine durchschnittliche Bearbeitungsdauer von unter 3 Monaten erreicht werden.

Die Aussage in der letzten Sitzung des Ausschusses zum Kindergeldzuschlag muss korrigiert werden. Der Kindergeldzuschlag wird nicht ab 1.1.09 erhöht, sondern schon ab 1.10.2008.

Zurzeit läuft die Planung für 2009 mit recht anspruchsvollen Zielen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Fr. Dr. Radig für ihre Ausführungen und bittet Fragen zu stellen.

Frau Wolff fragt nach ABM. Vereine haben im 1. Halbjahr Ablehnungen für ABM erhalten, können diese erneut beantragt werden und mit welcher Maßnahmedauer? Sind Maßnahmen bis 2009 möglich? Wie viel Eigenmittel müssen die Träger einsetzen, wie viel gibt die ARGE an den Bund zurück?

Frau Dr. Radig erläutert, dass bei Erreichung der Ziele 95 % der Mittel ausgegeben werden. Sie bittet die Ausschussmitglieder, Maßnahme-Ideen an die ARGE heranzutragen und bittet die Träger, sich bei Bedarf an die ARGE zu wenden. Im Bereich ABM/Arbeitsgelegen-

heiten/Entgeltvariante sind noch Spielräume vorhanden. Die Maßnahmen gehen zwischen drei bis fünf Monaten, können über das Jahr hinaus gehen mit Verpflichtungsermächtigung. Seit August sind zusätzliche ABM möglich, und wurden z.B. beim EfA und anderen Trägern auch verstärkt bewilligt. Eigenanteile werden von den wenigsten Träger eingesetzt, dies ist nicht Pflicht. Jedoch wird ein möglicher Eigenanteil geprüft, eine Nichterbringung ist zu dokumentieren und es sind Nachweise möglicher Drittmittelförderungen beizubringen.

Frau Wolff fragt, warum nur 95 % und nicht 100 % des Eingliederungstitels bis Ende des Jahres ausgegeben werden, Frau Dr. Radig erläutert, dass 95% der vereinbarte Zielwert sind, und angesichts des derzeit erreichten Ist Standes ist eine weitergehende Ausgabe unter Maßgabe von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit nicht zu erwarten.

Herr Häder fragt:

1. Wurden erst abgelehnte Träger im Sommer angesprochen, dass nun doch ABM möglich seien?
2. Wie sieht die konkrete Planung 2009 aus?
3. Wenn die Widerspruchsbearbeitung besser geworden ist, hat sich auch die Personalsituation mit den befristeten Verträgen entspannt?

Frau Dr. Radig antwortet:

1. Jeder einzelne Träger wurde nicht angesprochen, jedoch die größeren Träger. Hier wird nochmals überprüft.
2. 95 % Erfüllung 2008 wirken sich nicht negativ auf das Folgejahr aus. Nach bisherigen Kenntnissen ist mit einer Mittelzuteilung 2009 in etwa gleicher Höhe zu rechnen.
3. Grundsätzlich gibt es noch einen hohen Anteil an befristetem Personal. Der Organisationsplan für 2009 wird vorbereitet. Gefährdet ist nicht nur die Arbeit bei der Widerspruchsbearbeitung, sondern auch die anderen Arbeitsbereiche. Der Bund hat für 2009 die Übernahme in unbefristete Verträge für weitere Mitarbeiter vorgesehen, ob Halle hiervon profitieren kann, ist noch nicht erkennbar. Im Widerspruchsbereich konnte die Senkung der Bearbeitungsfristen durch die Verstärkung des dortigen Personals erreicht werden.

Herr Häder fragt nach dem Mittelverbrauch 2009 – besteht nächstes Jahr nicht das Problem wie 2008? Frau Dr. Radig sagt, dass aus den Erfahrungen der Jahre 2007 und 2008 dahingehend gelernt wird, dass 2009 frühzeitig ein Arbeitsmarktprogramm verabschiedet werden soll und vom ersten Tag an mit mehr Handlungssicherheit bei den Mitarbeitern die Mittel gezielt für die Kunden eingesetzt werden sollen.

Als größte Unsicherheit für 2009 bezeichnet sie den noch unklaren Zeitpunkt des Inkrafttretens der gesetzlichen Neuregelungen zu Instrumenten die im SGB III/II dann zur Verfügung stehen werden.

Die Ausschussvorsitzende fragt, ob das Arbeitsmarktprogramm wieder im Ausschuss beraten werden kann. Frau Dr. Radig sagt, dass es dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben wird im Zuge der Beratung der Mitteilung an den Stadtrat.

Frau Runde fragt nach Fortbildungen für Analphabeten. Darauf antwortet Frau Dr. Radig, dass die ARGE nicht in jedem Fall diese Kunden kennt, da sie sich als solche zu erkennen geben müssen. Wenn diese Defizite bekannt sind, wird nach spezifischen Angeboten gesucht und aktuell wurden sind dazu zwei Projekte neu initiiert.

Herr Zeidler fragt nach einem Vermittlungsprogramm für Ausländer. Frau Dr. Radig informiert wie vorher schon Herr Dr. Diaby über die gute Kooperation mit dem Ausländerbeirat. Gesonderte Maßnahmen werden nur selten initiiert, zumeist sollten Ausländer in Maßnahmen mit Deutschen, um einen Gebrauch der deutschen Sprache zu unterstützen. Auch die ARGE kann die Teilnahme an den Integrationskursen initiieren und mit den

erwerbsfähigen Hilfebedürftigen verbindlich vereinbaren. Mit der gesetzlichen Neuregelung wird eine Verbesserung bei Sprachkursen erwartet. Ergänzend nutzen wir Angebote die Träger über Drittmittel finanziert anbieten.

Frau Wolff findet es gut, dass das Arbeitsmarktprogramm vorzeitig fertig sein soll.

zu 7.3 Bericht der Drogenbeauftragten Frau Günther und der Drogenberatungsstellen

Die Ausschussvorsitzende begrüßt noch einmal die Gäste der Drogenberatungsstellen von der Evangelischen Stadtmission, der AWO Erziehungshilfe und von DROBS (Paritätischer Wohlfahrtsverband).

Frau Günther gibt einleitende Worte und spricht über die Arbeit des Netzwerkes gegen Drogen und des Suchthilfesystems. Die Qualität der Arbeit hängt davon ab, wie die entsprechenden Finanzen fließen. Es gibt eine gute Zusammenarbeit mit den Beratungsstellen. Auch in Zukunft sollte die Stadt die Beratungsstellen weiterhin unterstützen.

Die Ausschussvorsitzende erteilt Frau Dayß von DROBS das Wort. Frau Dayß stellt sich und die Arbeit ihrer Beratungsstelle vor, die sehr zielgruppenorientiert ist. Sie weist besonders auf die Homepage hin, auf der die Anforderungen der aktuellen Informationen möglich ist. Es kann auch eine anonyme E-Mail-Beratung stattfinden. Frau Dayß bedankt sich bei der Stadt für die bisherige Unterstützung und hofft, dass dies auch weiterhin möglich ist.

Herr Dr. Heinrich spricht an, dass der Drogenkonsum laut Statistik gesunken sei, jedoch die Infizierung mit HIV und Hepatitis gestiegen sei. Frau Dayß erklärt dies auch in Zusammenhang mit einer hohen Dunkelziffer in diesem Bereich.

Anschließend stellt Herr Brandt die Tätigkeit der AWO-Beratungsstelle vor. 2008 war ein stabiles Jahr in allen Segmenten. Die personelle Situation ist kaum verändert, nur eine 0,5-Stelle ist dazugekommen. Nach einer dreijährigen Projektdauer für Streetwork kann ein breites Angebot vorgehalten werden. Herr Brandt bedankt sich ebenfalls für die Unterstützung durch die Stadt und weist auf die Notwendigkeit der Fortführung hin.

Anschließend stellt sich Herr Birkner als Leiter der Suchtberatungsstelle der Evangelischen Stadtmission vor (seit 1.9.08). Er gibt eine Situationsbeschreibung für die Stadt Halle und spricht die Finanzsituation der Suchtberatungsstellen an. Bei einer Regelfinanzierung wäre die Arbeit in besserer Qualität möglich. Er lädt die Ausschussmitglieder ein, die Beratungsstelle zu besuchen. Herr Brandt dankt für die Zusammenarbeit mit Frau Günther und dem Ausschuss dafür, hier die Arbeit der Beratungsstelle vorstellen zu dürfen.

Die Ausschussvorsitzende dankt den Vertreten der drei Beratungsstellen für ihre Ausführungen. Sie spricht an, dass die Fortführung der Stelle von Frau Günther noch immer nicht geklärt ist. Frau Wolff spricht die Verbesserung der Drogensituation in Halle an und fragt nach Festlegungen zur Stelle von Frau Günther. Sie bittet darum, dass die Aufgaben von ihr übernommen werden und fragt nach dem Beschluss zur Stelle. Der neue Mitarbeiter sollte sich im Ausschuss vorstellen.

Frau Tomczyk-Radji fand die Berichte aufschlussreich. Sie fragt an, ob ein Projekt wie „Idefix“ in Halle auch durchgeführt werden könnte. Frau Günther erklärt, dass hierzu die Finanzierung klar sein muss. Zurzeit werden schon sehr viele Projekte durchgeführt, so dass neue Projekte kaum möglich sind.

Herr Dr. Wilhelms informiert, dass zur Stelle der Drogenbeauftragten eine Vorlage erarbeitet wird, hier wird auf die inhaltlichen Notwendigkeiten hingewiesen werden. Es gibt Vorstellungen, Teile der Arbeit bei der PSAG anzulagern oder auch eine Ärztin vom SPDi stundenweise für diese Tätigkeit einzusetzen.

Herr Dr. Marquardt weist darauf hin, dass die Richtlinienkompetenz ausschließlich bei der Oberbürgermeisterin liegt in Übereinstimmung mit dem Landesverwaltungsamt. Die Verwaltung wird einen Vorschlag zur Struktur vorlegen.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Der Ausschussvorsitzende liegen zwei schriftliche Anfragen von Frau Tomczyk-Radji vor.

1. Anfrage

Anfrage an Herrn van Rissenbeck

Ist es zutreffend, dass in Halle-Neustadt ein Projekt mit 15 Personen aus ALG-II-Bezug für den Bereich Ordnung und Sicherheit beim Eigenbetrieb für Arbeit angesiedelt ist?

Können Sie das Projekt und den Aufgabenbereich näher beschreiben?

Ist es zutreffend, dass dieses Projekt bis zum 01.10.2008 befristet war? Ist eine Fortführung geplant?

Herr van Rissenbeck antwortet, dass es nicht zutreffend ist und es keine „schwarzen Sheriffs“ gibt. Es gab ein Projekt „Wohngebietservice“. Es wurden Mängel aufgelistet und Beschwerden an das Ordnungsamt weitergeleitet. Das Projekt lief 11 Monate mit 15 Mitarbeitern bei einem privaten Bildungsträger in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt.

Es gibt ein Pilotprojekt dieser Art bis 23.12.08 unter der Regie von EfA postleitzahlbezogen (je vier Mitarbeiter pro PLZ) zu führen, um Schäden aufzulisten, Vandalismus aufzunehmen, jedoch kein Projekt Ordnung/Sicherheit. Beim EfA wird ein Mitarbeiter eine Dokumentation für das Ordnungsamt erstellen. Die Konsequenzen liegen dann beim Ordnungsamt.

Herr Dr. Brockmann weist darauf hin, dass das Thema in den Ordnungsausschuss gehört.

2. Anfrage

Hat die derzeitige Haushaltslage und die angekündigte Kürzung der Freiwilligen Leistungen Auswirkungen auf Projekte und Vorhaben aus dem Bereich Gesundheit/Soziales/Gleichstellung und wenn ja auf welche und in welcher Höhe?

Auch die Ausschussvorsitzende fragt nach Kündigungen der Verträge mit längeren Laufzeiten.

Frau Wolff sagt, dass das ZGM den Mietvertrag der Pustebume gekündigt hat, wie geht es weiter? Was heißt vorsorglich gekündigt? Wie geht es weiter mit der Silberhöhe?

Herr Dr. Marquardt informiert, dass die Oberbürgermeisterin diese Kündigungen als vorbeugende Maßnahme angeordnet hat. Grundsätzlich muss jeder Verein sich darauf einstellen, dass es kein Abonnement gibt, er sich nach Drittmitteln orientiert und Sponsoren sucht. Die vorsorgliche Kündigung muss keine Kündigung bleiben. Es wird ein Prioritätensvorschlag erarbeitet werden. Die Verwaltung ist gezwungen, über alle Varianten nachzudenken. Herr Dr. Marquardt spricht außerdem die unverantwortliche Berichterstattung über das Thema an.

Frau Winter ergänzt diese Ausführungen, dass die Verträge, die bis 30.6.09 laufen, weiter bedient werden. Das Risiko für Anmietung von Räumen liegt immer beim Träger. Es wird auf

jeden Fall Einschnitte geben, das Budget wird gekürzt. Frau Winter macht den Vorschlag, in der nächsten Sitzung eine Prioritätenliste vorzustellen.

Die Ausschussvorsitzende spricht an, dass im November der Haushalt zwar noch nicht bestätigt ist, aber die Summe bekannt sein würde, die eingestellt werden soll.

Frau Wolff sagt, dass die Verwaltung oft nicht antworten kann, der Haushalt kann nicht in einem Monat abgearbeitet werden. Sie bittet um eine zügige Bearbeitung.

Herr Dr. Marquardt erklärt, dass der im November vorzulegende Prioritätensvorschlag sich nicht am Haushalt 2009 orientieren wird, sondern eine mittelfristige Orientierung haben wird.

Herr Häder bittet die Verwaltung mitzuteilen, wo eine anderweitige Finanzierung möglich ist.

Die Ausschussvorsitzende bittet um eine Auflistung der gekündigten Verträge.

zu 9 Anregungen

keine

Für die Richtigkeit:

Datum: 25.11.08

Kerner, Protokollführerin